

## Bürgerangebote

### LinksTreff

kostenlose Beratung zu Hartz IV/Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete/Migration

jeden 1., 2. 3. und 4. Mittwoch 17-19.00 Uhr durch RAe René Wenker, Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter

Informationen zu Hartz IV/MigrantInnen-treff jeden Donnerstag 17.00 - 19.00 Uhr

kostenlose Hausaufgaben-/Schülerhilfe  
Anmeldung montags von 16.00 - 19.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit dem Bezirksverordneten Kaspar Scholemann jeden 2. Freitag von 16.00 bis 18.00 Uhr

Informationen zur Basisorganisation der LINKEN im Wedding montags bis freitags von 16.00 - 19.00 Uhr

## Impressum

uff'n wedding wird im Eigendruck herausgegeben vom LinksTreff Wedding e.V.

Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. LinksTreff Wedding e.V. Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel. 28 70 57 51

[uffnwedding@die-linke-wedding.de](mailto:uffnwedding@die-linke-wedding.de),  
[www.die-linke-wedding.de](http://www.die-linke-wedding.de)

Wir freuen uns über Anregungen/Beiträge und Leserbriefe

## Veranstaltungen

### LinksTreff

#### Kult(ur) am Sonntag

**Sonntag, 26. Juli 2009, 18.00 Uhr**

Lesung: Texte von Erich Mühsam  
im LinksTreff, Malplaquetstr. 12

#### Theorie am Montag

**Montag, 15. Juli 2009, 19.00 Uhr**

Thema: „Risse im Empire“  
im LinksTreff, Malplaquetstr. 12

#### Mitgliederversammlung der LINKEN im Wedding

Rathaus Wedding R.115 - Neubau  
**Donnerstag, 25. Juni 2009, 19.00 Uhr**

**DIE LINKE. Gesundbrunnen**  
**jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr,**  
im Euler Eck, Eulerstr. 18

#### DIE LINKE. Schillerpark

3. Juli, 19.00 Uhr,  
im Tante Elli, Lüderitzstr. 5

Alle Veranstaltungen sind öffentlich und Gäste sind immer willkommen!

### DenkMalTour

**Samstag, 18. Juli 2009, 15.00 - 18.00 Uhr**

Auf den Spuren der Köpenicker Blutwoche von 1933

Treffpunkt: Elcknerplatz/Ecke Borgmannstr.  
(vor dem S-Bahnhof Köpenick)

#### Veranstalter:

**NaturFreunde Berlin, OG Adelante  
zusammen mit Helle Panke e.V.**

Noch in dieser Ausgabe:

Armer Wedding	S. 2	Rettung in letzter Minute	S.10
Leuchttürme in der Müllerstraße	S. 3	Die Krise heißt Kapitalismus	S.11
Masterplan Heidestraße	S. 5	Himmel und Hölle	S.12
Keine Einigung zum EU-Asylpaket	S. 6	Von Lehnsherren und ProletarierInnen	S.13
DIE LINKE sagt vielen Dank	S. 8	Glitter ohne Grenzen	S.14
Massenabschiebung nach Vietnam	S. 9	Himmel über Wedding	S.15

# uff'n wedding

Kiezzeitung vom LinksTreff

## Der Fluch der bösen Tat

Über ein Viertel derjenigen, die in den ersten vier Monaten dieses Jahres ihren Job verloren haben, ist direkt in den Hartz IV-Bezug gerutscht. Das hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) vor kurzem errechnet.

Über 440.000 Menschen wurden somit durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes zu Almosenempfängern.

„Eine gefährliche Entwicklung, die sich im Laufe des Jahres wahrscheinlich noch deutlich verschärfen wird“, meint DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Der DGB fordert Sofortmaßnahmen, um die Krisenfolgen abzumildern und Hartz IV zu vermeiden.

In einem ersten Schritt müsse der Zugang zum Arbeitslosengeld erleichtert werden. So sollten künftig Erwerbslose Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, die mindestens zwölf Monate innerhalb der letzten drei Jahre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben. Seit der Einführung von Hartz IV beträgt diese sogenannte Rahmenfrist nur noch zwei Jahre.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes und der damit verbundene Abbau des Kündigungs-

schutzes haben zur Zunahme prekärer Beschäftigung geführt.

Immer mehr Menschen landen in Mini- oder Midijobs bzw. geringfügiger Beschäftigung,



Leiharbeit oder haben befristete Arbeitsverträge. Hinzu kommt die Masse der Geringverdiener, die beim Verlust des Arbeitsplatzes erst den größten Teil ihrer Ersparnisse aufbrauchen muss und dann in die Hartz IV-Falle tappt.

Das alles ist die beabsichtigte Folge der Politik von CDU, FDP, SPD und Grünen, die in der „Agenda 2010“ gipfelte.

„Das ist eben der Fluch der bösen Tat, daß sie forzeugend, immer Böses muss gebären.“ Dieses Schiller-Zitat beschreibt vorzüglich die fa-

talen Folgen von Hartz IV und der Agenda 2010 jetzt in der Krise.

Und es wird noch schlimmer kommen: Bereits 2010 werden Berechnungen zufolge mindestens 1,5 Millionen mehr Menschen als heute Hartz IV beziehen. Die CDU spricht bereits offen über **Hartz IV-Kürzungen** infolge der Wirtschaftskrise. Sie fordert vom Berliner Senat ein „*Deeskalationsprogramm zur Erhal-*

*tung der zwingend notwendigen sozialen Infrastruktur*“.

Hartz IV muss weg. Was wir brauchen, ist eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie Grundversicherung, die allen Menschen individuell zusteht – ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Und einen Mindestlohn von 10 Euro. Damit alle menschenwürdig leben können.

**Brian Janßen, DIE LINKE im Wedding**

## Armer Wedding

**Nach den neuesten Ergebnissen des Monitoring „Soziale Stadtentwicklung“ (bekannt als Berliner „Sozialatlas“) wird der Großraum Wedding/Moabit zum sozialen Brennpunkt Nr. 1 im Berliner Stadtgebiet. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer musste kürzlich einen Bericht mit den Ergebnissen dieser Untersuchung der sozialen Entwicklung veröffentlichen.**

Die Auswirkungen der sozialen Verschlechterungen sind im Wedding auf der Grundlage der ohnehin relativ niedrigen Einkommen der Wohnbevölkerung besonders stark zu spüren. Neben Arbeitslosenzahlen, demografischen Daten, Bildungsindikatoren und dem Anteil von ausländischen Einwohnern werden beim Sozialatlas auch die Zahlen für Ab- und Zuwanderung ausgewertet. Für ganz Berlin wird dazu die soziale Entwicklung von 319 Wohnbevölkerungszellen anhand von insgesamt 12 Indikatoren gemessen.

Bei den Bildungs- und Sprachstandsindikatoren sind u.a. der Anteil nichtdeutscher Herkunftssprache, die Schülerzahlen bei der Lernmittelbefreiung und die Bildungsempfehlungen durch die Schulen gewertet worden. Negative Häufungen bei solchen Indikatoren finden sich im Wedding

neben den schon bestehenden Quartiermanagement (QM)-Gebieten besonders in den Planzellen „Westliche Müllerstr.“ und „Schillerpark“. Der Anteil der Empfänger von Existenzsicherungsleistungen und der Anteil der Arbeitslosen wird sich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 mit Sicherheit noch weiter erhöhen.

Der Sozialatlas soll als eine Art Frühwarnsystem eine rechtzeitige Aktivierung der Ressourcen sozial schwacher Gebiete ermöglichen. Für sozialen Ausgleich kann allerdings immer

*Die sollten besser mal 'nen Reichtums-Atlas rausbringen!!*



weniger gesorgt werden. Die Ergebnisse belegen, dass sich die soziale Spaltung in der Stadt (im Bericht ist von „Disparitäten“ die Rede) verschärft. Wem es bisher gut ging, dem geht es jetzt (mit wenigen Ausnahmen) noch bes-

## Himmel über Wedding

Am 29. Mai 2009 hatte ich ein ganz besonderes Date. Schon um 20:45 Uhr stand ich am vereinbarten Platz. Die Sonne war noch nicht untergegangen, geschäftige Amseln raschelten und ich setzte mich mit meiner Decke auf einen Findling. Lange saß ich nicht allein: Es kamen Grüppchen, Pärchen, Leute mit und ohne Fahrrad, Rucksack oder Hund.

Dann öffneten sich die Läden eines kleinen Fensters und die Saison der Freilichtbühne Rehberge begann: Es wurden an diesem Abend schätzungsweise einhundert bis zweihundert Karten verkauft und so hatten wir Zuschauer des Films „Slumdog Millionär“ Platz genug, in waldiger Umgebung einen interessanten Film zu sehen.



Alles war groß an diesem Abend: die Leinwand, 16 mal 8 Meter, das Halbrund der ansteigend gebauten Sitzbänke, die Qualität des Films – und der Himmel.

Dank des neuen Eigentümers der Bühne, Bernd Motschmann, und vieler MitarbeiterInnen können Filmfans bis Ende August jeden Abend ab 21:30 Uhr Kino bei den Rehen genießen.

Ab Sonntag, 5. Juli, gibt es auch „Neues vom Räuber Hotzenplotz“ für die ganze Familie. Für das leibliche Wohl der Kino-, Theater- und

MusikliebhaberInnen ist ebenfalls gesorgt und ein sauberes Örtchen gibt es auch im neuen Kino, das ein wenig an Urlaub und Camping erinnert.

Empfehlenswert!

**Carola Kaltenegger, DIE LINKE im Wedding**

### Freiluftkino Rehberge

Windhuker Str. 52a, 13351 Berlin,  
U6 Rehberge, Bus 221 Nachtigalplatz

- Anzeige -

### Nein zum Krieg -

### Ja zum gerechten Handel

Schöner Schmuck, Schnitzereien, Buddhas, Cubita-Kaffee und viele weitere Geschenke aus fairem Handel.

Durch bewußtes kaufen können Sie den fairen Welthandel unterstützen.

[www.eine-welt-import.de](http://www.eine-welt-import.de)

Fordern Sie unseren Prospekt an:  
Eine-Welt-Import GmbH, Eiswerderstr. 18,  
13585 Berlin  
e-mail: [info@eine-welt-import.de](mailto:info@eine-welt-import.de)

- im Wedding liefern wir versandkostenfrei -



United Globes



Buddhas



Cubita-Kaffee

# Glitter ohne Grenzen!

Am 27. Juni 1969 gedachten im „Stonewall Inn“, einer überwiegend von Schwulen, Lesben und Transsexuellen besuchten Kneipe in der Christopher Street in New York, mehrere hundert Menschen der kurz zuvor verstorbenen und am selben Tag zu Grabe getragene Schauspielerin Judy Garland. In der gleichen Nacht führte die New Yorker Polizei eine ihrer üblichen Razzien durch, verhaftete die Angestellten, vertrieb die Gäste und schloss die Kneipe.

Aber zum ersten Mal in der Geschichte setzten sich diese spontan und massiv gegen die Polizeischikanen zur Wehr. Sie blieben dort, anstatt, wie bis dahin üblich, in der Nacht zu verschwinden. Es kamen immer mehr dazu, die sich solidarisierten und sich tagelange Straßenschlachten mit der Polizei lieferten.

In vielen Ländern gedenken Schwule, Lesben und Transsexuelle jedes Jahr Ende Juni an diesen Aufstand mit Veranstaltungen, Paraden und Demonstrationen. In Berlin gingen 1979 beim ersten „Christopher Street Day“ in West-Berlin 400 DemonstrantInnen auf die Straße. Beim CSD 2008 waren es bereits über 450.000.

1997 nahm das Tuntenhaus Berlin, ein schwules Wohnprojekt, mit einem „Rattenwagen“ am Berliner CSD teil, mit einer Ratte aus Pappmaché und den Konterfeis von

Goebbels, Strauß und Landowski, als Reaktion auf den Ratten-Vergleich von Klaus-Rüdiger Landowsky: „*Es ist nun einmal so, dass dort, wo Müll ist, Ratten sind und dass dort, wo Verwahrlosung herrscht, Gesindel ist. Das muss in dieser Stadt beseitigt werden.*“

Bei einer Schlamm-Performance wurde mit Dreck geworfen. Aus diesem Anlass startete „ein Komplott aus ‘Beamten’ der Berliner Polizei und Handtaschenräubern, unterstützt durch den Arbeitskreis ‘Homosexualität und Polizei’“ (Tuntenhaus) einen Übergriff auf den Wagen, der daraufhin die Demo verließ und nach Kreuzberg zog. Das war die Geburtsstunde des Kreuzberger „Transgenialen CSDs“.



Der TCSD kritisiert die Kommerzialisierung des „großen“ CSD und versteht sich als politischer CSD, bei dem durchaus auch mal Themen wie Stadtumstrukturierung, Privatisierung oder Rassismus im Zentrum stehen.

**Brian Janßen, DIE LINKE im Wedding**

<p><b>CSD Parade:</b></p> <p>27.06., ab 12 Uhr, Ku'Damm/Ecke Joachimsthaler Straße. (<a href="http://www.csd-berlin.de">www.csd-berlin.de</a>)</p>	<p><b>Transgenialer CSD:</b></p> <p>27.06., ab 12 Uhr. Treffpunkt: Boxhagener Platz (Friedrichshain) (<a href="http://www.transgenialercsd.de">www.transgenialercsd.de</a>)</p>
--	---

# Leuchttürme in der Müllerstraße

Über die Müllerstraße gibt es zwei völlig verschiedene Ansichten: Die einen mögen sie als günstige Einkaufsstraße mit vielen Geschäften für den kleinen Geldbeutel. In der Müllerstraße bekommt man alles für den täglichen Bedarf und hat viele Möglichkeiten, Produkte auch aus anderen Ländern zu kaufen. Die anderen vermissen den „Ku'damm des Nordens“, die Einkaufsstraße für den Bedarf der Facharbeiterschaft mit etwas gehoben Ansprüchen.

Die Müllerstraße ist heute – wie einst – die Einkaufsstraße für unseren Kiez; einem Kiez, in dem in den letzten Jahrzehnten immer mehr Einwohner leben, die wenig Geld besitzen, die

lins. Gleichzeitig ist sie eine Durchgangstraße mit sehr hohem Autoverkehr. In der Straße gibt es viele Passanten, aber ein sehr geringes Kaufkraftniveau. Dadurch findet man in der Müllerstraße auch zahlreiche Niedrigpreisgeschäfte.

Das neue Sanierungsgebiet Müllerstraße reicht von der Transvaalstraße im Norden bis zur Fennstraße im Süden. Die Gesamtkosten für die Sanierung sollen etwa 11 Millionen Euro betragen. Die Sanierungsarbeiten sollen 2009 begonnen und bis 2015 abgeschlossen werden.

Die Planer beschreiben das Leitbild für diese Maßnahmen so: „Die Müllerstraße als „Zentrum des Wedding

wieder zu entdecken, sie von Überholtem zu befreien und ihre Qualitäten sowohl für die Bewohnerinnen und Bewohner als auch für Besucher wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken.“ Dabei sollen für den Bereich „Leuchttürme“ entwickelt werden. De-



ren Namen dafür sind: „Rathausplatz – Informationsplattform mit Aufenthaltsqualität“, „Leopoldplatz – Geschichte trifft kulturelle Vielfalt“ oder „Modernes Outfit für die Müllerstraße“.

Ziel der Sanierung soll die Entwicklung und Belebung der Müllerstraße sein. Damit sollen die Ursachen für den hohen Leerstand an Wohnungen beseitigt werden und das Wohnungsangebot aufgewertet werden. Auch soll es eine „Qualifizierung und Verbesserung

Die Müllerstraße ist mit etwa drei Kilometer Länge eine der längsten Einkaufsstraßen Ber-

der Vernetzung der öffentlichen Freiräume“ geben.

Am Rathausplatz geht es um eine bauliche Erweiterung der Bibliothek, eine Aufwertung des Rathauses und eine Umgestaltung des Platzes. Der Leopoldplatz soll neu gestaltet werden. Hierbei sollen eine bessere Integration und zusätzliche Nutzungen für die Nazarethkirche, eine transportable Open-Air-Galerie und ein neues Marktkonzept entstehen.

In der nördlichen Müllerstraße soll gemeinsam mit den Betreibern und Eigentümern der Markthalle eine grundlegende Renovierung der Müllerhalle stattfinden, im Süden um den Bahnhof Wedding ein Wettbewerb zur Gestaltung des Umfeldes durchgeführt werden und gleichzeitig soll durch eine Modernisierung der Fassaden in der Müllerstraße und einer Weiterentwicklung des Doppelplatzes Rathausplatz/Leopoldplatz das Gebiet aufgewertet werden.

Das alles klingt gut und ist auch zu unterstützen. Gleichzeitig ist aber einzuwenden, dass „ohne Moos nichts los“ sein wird. Der Wedding braucht eine attraktive Einkaufsstraße, die den Bedürfnissen der Weddinger gerecht wird. Gleichzeitig geht es hier im Wedding vor allem auch um bessere Einkommen für die im Wedding Lebenden. Neue Geschäfte, neue Produkte und neue Dienstleistungen lassen sich nicht alleine durch Sanierung ansiedeln. Dafür braucht es eine höhere Kaufkraft der Bewohnerinnen und Bewohner.

Deshalb setzt sich DIE LINKE im Wedding für gesetzlich garantierte Mindestlöhne von mindestens 10 Euro pro Stunde ein, fordert einen Mindestsatz von 500 Euro pro Monat

für die Bezieher von staatlichen Leistungen und kämpft für die Rechte der Menschen mit Migrationshintergrund.

DIE LINKE im Wedding begrüßt die Weiterentwicklung der Müllerstraße, erwartet aber gleich-



zeitig, dass sie sich an den Bedürfnissen der Menschen des Kiezes orientiert. Der Wedding freut sich über eine schöne Müllerstraße – braucht aber keine Bevormundung durch gutverdienende Planer und Gelehrte, die von außen festlegen, was dem Wedding angeblich fehlt.

**Uwe Hicks, DIE LINKE im Wedding**

## Fördermitglied werden

Der **LinksTreff Wedding e.V.** tritt für die Prinzipien der Freiheit und Würde des Menschen, für Demokratie und Humanismus in allen Belangen der Bevölkerung ein, insbesondere der BürgerInnen der Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen.

Gerne senden wir einen Fördermitgliedschaftsantrag zu. (Mitgliedsbeitrag ab 5 Euro) Einzelspenden sind selbstverständlich jederzeit willkommen. LinksTreff Wedding e.V.  
Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00  
Kto. 660 308 77 13

## Von Lehnsherren und ProletarierInnen

Den Namen Wedding gibt es schon seit vielen Jahrhunderten. Bereits im Jahre 1251 wird der Name Wedding zum ersten Mal in einer Urkunde erwähnt. Dort steht, dass „unser getreuer Friedrich von Kare, Kriegsmann einer Mühle im Gebiet des Dorfes welches Weddinge heißt, am Fluss namens Pankowe erbaut“ Anders als in vielen anderen Urkunden, in denen vor allem die Fürsten und Lehnsherrn genannt werden, ist bereits die erste Erwähnung des Weddings mit arbeitenden Menschen verbunden.

Für die weitere Entwicklung war das Jahr 1289 von Bedeutung, denn zu diesem Zeitpunkt ging das Lehnsgut zusammen mit der Feldmark an die Stadt Berlin über. Aus dem Jahre 1391 wird berichtet dass die unbeschränkte Gerichtsbarkeit der Stadt Berlin auf den Wedding ausgedehnt wurde. 1601 erwarb der Kurfürstliche Oberhofkammerer Graf Schlick Ackerstücke und Wiesen am Rande der Panke und legte dort eine „Böhmische Meierei“ sowie eine Schäferei an.

Wo heute das Viereck aus Nettelbeckplatz, Reinickendorfer Straße, Pankstraße und Weddingstraße liegt war früher eine Schafweide, die – nach den historischen Unterlagen – die Schafe besonders gut genährt hatte. Nördlich der Wiesenstraße begannen früher die Gärten, wobei die Kösliner Straße die Mitte dieser Gärten bildete.

Bereits im Jahre 1705 ließ Friedrich I die Panke aufstauen und kanalisieren, um Mühlen zu errichten. Dadurch vergrößerte sich die Anzahl der Bewohner im raschen Tempo. Da von den Bewohnern nach Ansicht der Herrschenden „in moralischer Hinsicht“ eine Bedrohung ausging, wurde vom Magistrat neben besonderen polizeilichen Maßnahmen zur Sicherung der gefährdeten öffentlichen

Ordnung der Bau von Kirchen gefordert. 1835 wurden deshalb vier Kirchen fertig gestellt, eine davon ist die Nazarethkirche, die von Karl Friedrich Schinkel erbaut wurde. Dabei behaupten die historischen Urkunden, dass diese Kirche von Friedrich Wilhelm III aus königlichem Privatvermögen bezahlt wurde um der Sittenlosigkeit des Proletariats entgegenzuwirken. Wir wissen jedoch alle, dass das königliche Privatvermögen – wie heute auch die großen Vermögen der Reichen – nur entstanden ist, weil die einfachen Bürgerinnen und Bürger ausgebeutet und ausgeraubt wurden.

Bereits im 19. Jahrhundert kann man in Akten lesen, dass der Leopoldplatz ein „Ort des Besäufnis“ sei. Heute wie damals ist diese Behauptung falsch und verleumderisch, da sie ganz bewusst ausblendet, dass viele der Menschen, die sich am Leopoldplatz treffen, von der Gesellschaft allein gelassen wurden und werden. So berichtete der Vorsteher der Armenkommission völlig empört, dass auch 18 Monate nach Fertigstellung der Kirchen „häufig nur 6–15 Zuhörer die Nazarethkirche an Sonntagen“ anwesend waren und somit die erwünschte erzieherische Wirkung ausblieb.

Um 1870 wurden die eingeschossigen Kolonistenhäuser durch mehrgeschossige Bauten ersetzt. Damals entstanden die berühmten Mietskasernen, die aus bis zu viergeschossigen, zwölf Meter tiefen Häusern mit Quergebäuden und Seitenflügeln bestanden. Dort mussten die Armen leben. In Wohnungen mit zwei Zimmern wohnten bis zu zwanzig Menschen. In dieser Zeit begann die Industrialisierung des Weddings und der Anfang des berühmten „roten Wedding“. Doch dazu mehr im nächsten Artikel.

**Doris Pütsch, DIE LINKE im Wedding**

# Himmel und Hölle

Das Ergebnis im Wedding war knapp: 52,7 Prozent der Wahlberechtigten haben sich für das Volksbegehren PRO Reli entschieden, 47,2 Prozent dagegen. Damit hat sich eine knappe Mehrheit im Wedding für den Volksentscheid Pro Reli entschieden.

Das Abstimmungsergebnis konnte im Wedding konnte dabei nicht unterschiedlicher ausfallen: Während im Wahllokal in der Brüder-Grimm-Schule im Sprengelkiez 66,7 Prozent der Weddinger Bürgerinnen und Bürger mit Nein gestimmt haben, haben sich in der Gottfried-Röhl-Schule in der Ungarnstraße 73,3 Prozent für ein Ja-Votum entschieden.

Die Hochburgen für die Beibehaltung des jetzigen Ethikunterrichts lagen im Wedding vor allem im Bereich der Vineta-Grundschule in der Demminer Straße (50,7 %), bei der Willy-Brandt-Oberschule im Bereich der Badstraße (60,8 %), im Brüsseler Kiez (59,0 %), um das Rathaus Wedding (52,6 %) und im Bereich der Schule am Brunnenplatz ((54,3 %).

Die Hochburgen für die Zustimmung zum Volksbegehren Pro Reli waren das Afrikanische Viertel im Bereich der Mówensee-Grundschule (68,3 %), das südliche Afrikanische Viertel um die Anna-Lindt-Grundschule (61,0 %), das Englische Viertel um die Holländerstraße (70,5 %), die Reinickendorfer Straße um das Haus der Gesundheit (70,6 %) und die Ungarnstraße um die Gottfried-Röhl-Schule (73,3 %). Interessant ist hier, dass in den beiden Wahllokalen im Haus der Gesundheit ein-

mal mit 61,4 Prozent gegen das Volksbegehren und im zweiten Wahllokal mit 70,6 Prozent für das Volksbegehren abgestimmt wurde.

Insgesamt zeigt sich ein deutlicher Trend im Wedding. Der nördliche Wedding mit dem Afrikanischen Viertel, der Schillerpark-Siedlung und dem Englischen Viertel sind die Hochburgen für das Volksbegehren Pro Reli, während der östliche und südliche Wedding um das Rathaus Wedding, das Brunnenviertel, der Solidner Kiez und der Brüsseler Kiez mehrheitlich für die Beibehaltung des jetzigen Ethik-Unterricht abgestimmt haben.

Diese Abstimmung zeigt auch deutlich, dass die Bereiche, die im Wedding mit am intensivsten interkulturell geprägt sind, für einen gemeinsamen Ethik-Unterricht abgestimmt haben. Dagegen haben sich die traditionell für die Linke schwächeren Kieze des Wedding für Pro Reli entschieden.

**Martin Paech, BO Schillerpark**

## Anzeigenpreise

**½ Seite 40,00 Euro**

**¼ Seite 25,00 Euro**

## Abschlussrabatt

**6 Ausgaben 10 %**

**12 Ausgaben 20 %**

**Auflage: 6.000 Exemplare**



# Masterplan Heidestraße

Mieter und Vermieter melden seit einigen Jahren einen deutlichen Rückgang der leer stehenden Wohnungen in der City von Berlin. Im Zentrum Berlins ist das Angebot an Wohnungen zwischenzeitlich sogar sehr knapp. Dadurch steigen die Mieten in diesen Wohnlagen ständig an. In der Gegend rund um den Kollwitzplatz liegt die Kaltmiete heute schon zum Teil bei neun Euro pro Quadratmeter. Die Vermieter reagieren darauf mit der Luxussanierung der Altbauten oder mit dem Bau von neuen Luxuswohnungen.

Freie Flächen und Brachen werden dabei von den Investoren systematisch gesucht und für den Bau von Luxusquartieren verplant. Am Standort Heidestraße, in der direkten Nachbarschaft zum Regierungsviertel, liegt ein riesiges freies Areal, das durch den „Masterplan Heidestraße“ durchgeplant wurde. Offiziell soll damit ein Stadtquartier mit einem gemischten Nutzungsprofil geschaffen werden, in dem „in besonderer Weise ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit“ berücksichtigt werden soll. Real entsteht ein neues Büro- und Nobelquartier für das „neue Berlin“.

In einem städtebaulichen Realisierungswettbewerb wurde ein Konzept für diesen innerstädtischen Raum erarbeitet. Dieser „Masterplan Heidestraße“ sieht ein Hochhausviertel an der Invalidenstraße, ein Wohnquartier um den neuen Hafen, einen Ort der Kunst hinter dem Hamburger Bahnhof und eine neue Grünanlage am Nordhafen vor.

Auf dem 40 Hektar großen Areal zwischen den Bahngleisen im Westen und dem Spandauer Schifffahrtskanal im Osten wird ein neues innerstädtisches Wohn- und Büroviertel entstehen. Links und rechts der Heidestraße sollen mehr als hundert Häuser gebaut werden. Dabei sind mehr als die Hälfte aller

Geschossflächen für das Wohnen, der Rest für Büros, Geschäfte, Freizeit- und Kulturangebote vorgesehen. Insgesamt werden in diesem Gebiet mehr als eine Milliarde Euro investiert. In diesem neuen Viertel sollen einmal mehr als 4000 Menschen wohnen und bis zu 14000 Menschen arbeiten. Entstehen werden auch Hochhäuser mit 80 bis 100 Metern Höhe.

Das Filetstück ist der Bau eines neuen Nobelviertels als Hafenquartier, das sich nördlich vom Kunstcampus anschließen wird. Am Berlin-Spandauer-Schifffahrtskanal wird ein 40 Meter breites Wasserbecken ausgebagert. Um dieses neue Wasserbecken sollen 1000 Nobel-Wohnungen entstehen.

Leider werden die Menschen im Wedding von diesem Filetstück wenig haben, da sich die Mieten in solchen Nobelquartieren wenige Menschen leisten können. Mit diesem neuen Quartier rücken die gut Verdienenden ein Stück näher an den Wedding heran.

Hoffen wir, dass sie dann – wenn sie sich einmal ein paar Meter von ihren schönen neuen Quartieren in den normalen Wedding begeben sollten – endlich erkennen, dass in unserer Gesellschaft eine massive Umverteilung von oben nach unten notwendig ist. Denn das Nebeneinander zwischen Nobelquartier und sozial benachteiligtem Viertel sollte endlich dadurch behoben werden, dass vor allem auch die sozial benachteiligten Kieze eine Zukunft bekommen.

Die Reichen und Schönen sind selbstverständlich in unserer Nachbarschaft willkommen – wenn sie endlich auch einen Teil ihres Reichtums für die Gestaltung der Gesellschaft zur Verfügung stellen.

**Uwe Hicks, DIE LINKE im Wedding**

## Keine Einigung zum EU-Asylpaket

„Es wird kein Harz IV für Asylbewerber in Deutschland geben“, erklärte der innenpolitische Sprecher der Konservativen im EU-Parlament, Manfred Weber (CSU), triumphierend, nachdem das Europäische Parlament in erster Lesung die Vorschläge der Kommission zu Überarbeitung der sogenannten „Aufnahmerichtlinie“ geändert hatte.

Dieser Kommissionsentwurf ist Teil des neuen europäischen Asylpaketes und hat zum Ziel, neue Mindeststandards beim Asylrecht EU-weit durchzusetzen. Der wohl umstrittenste Artikel 17 des Richtlinienvorschlags sieht vor: „Bei der Berechnung des Betrags der Asylbewerber zu gewährenden Unterstützung stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass der Gesamtbetrag, auf den sich die (...) materiellen Leistungen belaufen, dem Betrag der Sozialhilfe entspricht, der eigenen Staatsangehörigen gewährt wird...“ Diese Vorschrift hätte eine Änderung des deutschen Rechts bewirken können, denn damit hätte Asylbewerber/-innen in Deutschland einen Anspruch auf Harz IV zugestanden.

Nach geltendem deutschen Asylbewerberleistungsgesetz liegen die Sozialleistungen für Asylbewerber/-innen etwa ein Drittel unter dem Sozialhilfeniveau, wobei von Bundesland zu Bundesland Unterschiede bestehen. Das Gesetz legt fest, dass Asylbewerber/-innen für Essen, Kleidung, Hygiene- und Haushaltsartikel 187 Euro im Monat erhalten, wobei diese Unterstützung oft in Form von Sachleistungen oder Gutscheinen erfolgt. Für persönliche Bedürfnisse, wie z. B. Bustickets, Telefon, Rechtsanwaltsberatung etc., erhalten sie 1,36 Euro pro Tag, wobei dieser Betrag ganz gestrichen werden kann. Seit ihrer Einführung durch das Asylbewerberleistungsgesetz 1993 wurden diese Beträge nicht einmal an die Preisentwicklung angepasst. Asylbewerber/-innen

erhalten nur eine medizinische Grundversorgung und wohnen in Gemeinschaftsunterkünften.

Bei einer öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag zum Asylbewerberleistungsgesetz Anfang Mai haben Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen die Sozialsätze für Asylbewerber/-innen als unwürdig, ausgrenzend und inakzeptabel kritisiert. Zudem haben sie die Abschaffung dieses „Sondergesetzes“ – wie es vom Flüchtlingsrat Berlin e. V. bezeichnet wurde – gefordert, das 1993 als Teil des Asylkompromisses verabschiedet wurde. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat bereits im November 2008 einen Antrag eingebracht und die Bundesregierung aufgefordert, das Asylbewerberleistungsgesetz aufzuheben und ei-

### Herbert Butter

Rechtsanwalt

Ausländer-Recht  
VerkehrsR  
FamilienR  
ArbeitsR  
allgem. ZivilR

Badstraße 30  
13357 Berlin-Wedding

Tel.: 030/493 60 55  
Fax: 030/ 493 83 83  
www.ra-butter.de

Anzeige

schrecken“, an Immobilienspekulanten als an die Mieter/-innen verkauft werden. Eine städtepolitische Sichtweise wird dabei völlig ignoriert. Nur dem Engagement der Künstler/-innen, dem Protest des Berufsverbandes Bildender Künstler und der andauernden politischen Interventionen von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, der Fraktion DIE LINKE, des Kulturstaatssekretärs und zuletzt auch des Regierenden Bürgermeisters ist es zu verdanken,

dass die Gebäude auf dem Rotaprintgelände vor dem Abriss bewahrt wurden und die kulturellen und sozialen Projekte in der Wiesenstraße 29 bleiben konnten.

Die Vergabep Praxis des Liegenschaftsfonds wirft allerdings Fragen auf. Und beim LiFo stehen noch ca. 8.000 Immobilien zum Verkauf (<http://www.liegenschaftsfonds-berlin.de/>).

**Brian Janßen, DIE LINKE im Wedding**

## Die Krise heißt Kapitalismus

**Die Krise bekämpfen, Sozialpakt für Europa. Die Verursacher müssen zahlen.**

Unter diesem Motto fand am 16. Mai in Berlin die bisher größte Demonstration gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten statt. Der DGB hatte im Rahmen der Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes für ein soziales Europa zur Demo gerufen – und es kamen über 100.000 Menschen. Europaweit waren es zusammen 330.000. DIE LINKE im Wedding war dabei.



Die Auftaktkundgebungen fanden an zwei Orten statt: Am Hauptbahnhof, wo sich auch Erwerbslosengruppen und verschiedene soziale Initiativen eingefunden hatten und am Breitscheidplatz. Dort startete auch ein klassenkämpferischer Block unter dem Motto „Für

Solidarität und Klassenkampf – Schluss mit dem Schmusekurs – Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft!“

In den Reden wurde auf aktuelle Kämpfe im Arbeitsbereich, aber immer wieder auch auf den Bildungsstreik Mitte Juni hingewiesen. Der war auch das Thema eines SchülerInnen- und Studierendenblocks.

Auf der Demonstration befanden sich auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Polen, Spanien und Italien („Hoch die internationale Solidarität!“).

Die ver.di Jugend trug symbolisch den Kapitalismus zu Grabe: „Das Problem heißt nicht Neoliberalismus, sondern Kapitalismus“.

Wie geht es weiter mit den Krisenprotesten?

Noch hoffen die meisten, der Kelch möge an ihnen vorbeigehen. Doch es ist zu erwarten, dass die Kosten der Krise nach den Wahlen auf uns abgewälzt werden. Hoffen wir, dass es nicht bei einer einmaligen Drohhgebärde des DGB bleibt, dass die historische Chance für einen Systemwechsel nicht ungenutzt verstreicht.

DIE LINKE fordert: Vergesellschaftung von Unternehmen und Rücknahme der Privatisierungen. Millionäre zur Kasse!

**Martin Hantke, DIE LINKE im Wedding**



# Rettung in letzter Minute

Rotaprint war im Wedding (heute Ortsteil Gesundbrunnen) einer der Industriebetriebe, die das Bild des „roten Wedding“ prägten. 1904 als Deutsche Maschinen Vertriebsgesellschaft gegründet, stellte Rotaprint seit 1922 Offsetdruck- und Vervielfältigungsmaschinen her. Die Firma wuchs unaufhörlich, zwischen 1939 und 1945 auch unter Einsatz von Zwangsarbeit. Nach 1945 ermöglichte der wirtschaftliche Aufschwung die Errichtung architektonisch anspruchsvoller Bauten: Die Gebäude, die vom Architekten Klaus Kirsten entworfen wurden, zählen zu den besten architektonischen Leistungen der fünfziger Jahre und stehen, wie das gesamte Ensemble, seit 1991 unter Denkmalschutz.

1989 ging Rotaprint in Konkurs. Mit Millionenbürgschaften hatte der Westberliner Senat bis zuletzt vergeblich versucht, das zu verhindern und die Arbeitsplätze zu retten. Nach dem Konkurs wurde das Land Berlin Eigentümer des Grundstücks und versuchte, es zu verkaufen. Die Produktionshallen wurden abgerissen, der Boden wegen der Altlasten für über fünf Millionen Euro saniert. Die übrigen Gebäude standen leer oder wurden von kleinen Gewerbebetrieben genutzt. Ein Teil wurde an Künstler vermietet, die dort ihre Ateliers hatten.

2001 ging das Grundstück an den Liegenschaftsfond (LiFo), der einen Teil des Geländes an LIDL verkaufte, das darauf eine Filiale errichtete.

2006 packte der LiFo das ca. 9.000 Quadratmeter große Gelände in ein Paket mit anderen Grundstücken in der Absicht, es an einen isländischen Immobilieninvestor zu verkaufen.

Das versuchten die Mieter/-innen in der Gottschedstr. 4 zu verhindern, indem sie ei-

nen Verein gründeten, der das Grundstück erwerben wollte. Es begann ein langwieriger politischer Kampf um das Grundstück. Die Stiftung trias, Hattingen, und die Stiftung Edith Maryon, Basel, kauften schließlich das Grundstück und schlossen einen Erbbaupachtvertrag mit der neu gegründeten gGmbH ExRotaprint, die das Gelände bewirtschaftet und schrittweise sanieren wird.



Der Kampf um die Atelieregemeinschaft Wiesenstraße 29 blieb eine Zitterpartie. Doch seit 6. Mai 2009 ist auch dieses Grundstück gerettet: Der LiFo hat das Künstlerhaus ebenfalls an die gemeinnützige Edith-Maryon-Stiftung verkauft, die mit den dort ansässigen Künstlern einen auf hundert Jahre befristeten Erbbaupachtvertrag schließen wird.

Doch auch ein Verkauf an eine Stiftung ist eine Privatisierung. Den Berliner Bezirken gelingt es offensichtlich nicht, ihre Gebäude selbst zu bewirtschaften. Es erfolgt ein Ausverkauf kommunalen Vermögens, bei dem nur der Erlös, der Verkaufspreis eine Rolle zu spielen scheint. Immobilien sollen eher an „Heu-

nen neuen Gesetzesentwurf vorzulegen, „mit dem eine menschenwürdige und diskriminierungsfreie soziale und medizinische Versorgung von Asylsuchenden und Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus im Rahmen der allgemeinen sozialen Sicherungs- bzw. Gesundheitssysteme gewährleistet wird“.

Grüne und Linke im Europäischen Parlament haben die Vorschläge der Kommission unterstützt und weitere Verbesserungen, wie z. B. volle medizinische Leistungen inklusive einer psychologischen Betreuung der Flüchtlinge unter den gleichen Bedingungen wie bei eigenen Staatsangehörigen, gefordert. In konservativen und sozialdemokratischen Kreisen wurde eine Angleichung des Leistungsniveaus von Asylbewerber/-innen und eigenen Staatsangehörigen hingegen als „unangemessen“ angesehen.

Bei ihrem Treffen am 5./6.06.2009 in Luxemburg konnten sich die EU-Justiz- und Innenminister über die vom Parlament geänderte Kommissionsvorlage

nicht einigen. Damit ist das geplante völlig unzureichende EU-Asylpaket, das aber für viele EU-Mitgliedstaaten, auch für Deutschland, Fortschritte im Vergleich zum Status quo erzielt hätte, erstmal vom Tisch. Die Verhandlungen sollen im Herbst wieder aufgerollt werden.

Bis dahin will die EU auf sich bereits bewährte Mechanismen zur Migrationssteuerung setzen: Allein in diesem Jahr werden der Grenzschutzagentur FRONTEX 35 Millionen Euro für die Überwachung der EU-See Grenzen zur Verfügung gestellt, um Menschen in Not an den EU-Außengrenzen abzuwehren.

**Janeta Mileva, DIE LINKE im Wedding**

Anzeige

*Ihr freundlicher Lieferservice,  
Partyservice, Hauslieferung, Gastronomieservice*

GETRÄNKE  
NORD 

Telefon 030 - 461 27 49

www.getraenke-nord-berlin.de

Neue Hochstraße 30 • 13347 Berlin

*Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 9.00 bis 20.00 Uhr  
Sonnabend von 9.00 bis 18.00 Uhr*

## Auf zum bundesweiten Bildungstreik

Weltweit sind Umstrukturierungen aller Lebensbereiche nicht mehr gemeinwohlorientiert, sondern den sogenannten Gesetzen des Marktes unterworfen. Seit ein paar Jahren ist auch das Bildungssystem in den Fokus solcher „Reformen“ geraten: Bildungsgebühren und die Privatisierung treffen uns alle!

DIE LINKE.SDS und die Linksjugend [solid] rufen gemeinsam mit dem Aktionsbündnis zu einem Bildungstreik 2009 auf. Unter anderem wird es am 17. Juni Demonstrationen in verschiedenen Städten bundesweit geben.

**Großdemo am 17. Juni in Berlin:**

11 Uhr am Roten Rathaus (S+U Alexanderplatz)

# DIE LINKE sagt vielen Dank

Ein wichtiger Schritt ist getan. Mit einem intensiven Wahlkampf haben die Mitglieder der Partei DIE LINKE versucht, die Interessen der Menschen im Wedding zu thematisieren und die Weddingener für die Wahl der Partei DIE LINKE zu gewinnen.

Das ist im Wedding auch bestens gelungen. Erstmals erreichte DIE LINKE im Wedding bei der Europawahl ein Ergebnis von mehr als zehn Prozent. Über 30 Info-Stände, Steck-Aktionen in einer Reihe von Kiezen, monat-



lich eine Ausgabe des Uffn Wedding und viele Angebote im Linkstreff wurden von den Weddingern angenommen. Heute ist DIE LINKE auf dem Weg, ihren Traum, den „roten Wedding“ auch wieder in der Zukunft herstellen zu können, einen guten Schritt näher gekommen. Weddingweit wurde die LINKE von 10,7 Prozent der Wählenden gewählt. Die Wahlergebnisse in den Wahlbezirken sind dabei zum Teil für DIE LINKE sprunghaft angestiegen. Im Brunnenviertel hatte die Partei bei der Europawahl 2005 zwischen 5 und 9,8 Prozent erreicht. Bei der Europawahl 2009 waren es im gleichen Bereich zwischen 12,1 und

15,9 Prozent. Damit hat sich das Brunnenviertel mit einem Wahlergebnis von 14,2 Prozent für die LINKE zu einer flächendeckenden Hochburg entwickelt.

Die höchsten Wahlergebnisse der LINKEN wurden in den Stimmbezirken um die Guineastr. (16,5%), Reinickendorfer Str. (16,3%), um die Nazarethkirchstr. (16,3%), im nördlichen Gesundbrunnen um die Koloniestr. (15%), im Soldiner Kiez um die Biesentaler Str. (15,5%), im Bereich Martin-Opitz-Straße (15%) und im Brunnenviertel mit der Putbusser Straße (15,3%), Gleimstraße (15,9%) und direkt am Gesundbrunnencenter in der Behmstraße (15,4%) erzielt.

Viel Überzeugungsarbeit müssen die LINKEN weiterhin im nördlichen Afrikanischen Viertel um den Nachtigalplatz, in der Friedrich-Ebert-Siedlung, dem nördlichen Englischen Viertel im Bereich Themsestraße sowie der Schillerparksiedlung leisten. In diesen Kiezen erreicht die LINKE in der Regel zwischen 3,9 Prozent und 6 Prozent.

Erstmals konnte DIE LINKE jedoch auch im nördlichen Afrikanischen Viertel in zwei Wahlkreisen über 8 Prozent der Stimmen erreichen.

Insgesamt hat sich der große Unterschied zwischen dem nördlichen Viertel im Bereich Afrikanisches Viertel und Englisches Viertel und dem Bereich um den Gesundbrunnen und dem Leopoldplatz in den Stimmergebnissen deutlich gezeigt. Auch im Bereich des Sprengelkiezes, des Soldiner Kiezes und des Brüsseler Kiezes hat die LINKE mit sehr guten Wahlergebnissen abgeschnitten. Wir sagen allen Weddingener Bürgerinnen und Bürgern für dieses sehr gute Wahlergebnis vielen Dank.

**Ruth Firmenich, BO Schillerpark**

# Massenabschiebung nach Vietnam

Am 8. Juni hat die Bundespolizei mehr als 100 Menschen von Berlin nach Hanoi in Vietnam abgeschoben. Diese vor längerer Zeit geplante Massenabschiebung konnte zunächst geheim gehalten werden, ist jedoch jetzt öffentlich geworden und durch die Bundespolizei in Potsdam und die Senatsverwaltung für Inneres bestätigt.

Bei geplanten Abschiebungen werden die Betroffenen kurz vorher zu einem Termin einbestellt und dann unerwartet und nicht mit dem Gesetzen konform zur Abschiebung in Haft genommen.

Die Maschine für die Abschiebungen stellte Air Berlin zur Verfügung. Finanziert wird der Abschiebeflug nach Hanoi von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex.

Mit dem Flug wurden mehr als 100 vietnamesische Menschen, auch ganze Familien, also auch Frauen und Kinder abgeschoben. Menschen aus unterschiedlichen Sammellagern (in Deutschland und Polen) wurden in Berlin zusammengeführt und gemeinsam ausgewiesen. Weckt das nicht Assoziation zur jüngsten deutschen Vergangenheit?

Etwa 12.000 Vietnamesen sind in Berlin gemeldet, ca. die Hälfte von ihnen lebt in den Bezirken Lichtenberg und Marzahn. Viele waren in den 80er-Jahren als Vertragsarbeiter von der DDR-Regierung ins Land geholt worden. Nach der Wende haben sich die meisten selbstständig gemacht oder wurden ausgewiesen. Jens-Uwe Thomas vom Berliner Flüchtlingsrat verurteilt die Massenabschiebung der Vietnamesen aufs Schärfste.

„Es muss für alle Flüchtlinge eine Einzelfallprüfung geben, um den Aufenthalt in Deutsch-

land aus humanitären Gründen zu gewähren“, betont er.

Berlin ist mittlerweile ein Abschiebe-Land geworden! Dies kann Ludger Hillebrand vom Flüchtlingsdienst statistisch belegen: „1.606 Ausländer bewahrte die Härtefallkommission im Zeitraum 2005 bis 2008 vor einer sofortigen Abschiebung. 4.021 Menschen wurden im Laufe dieser vier Jahre aus Berlin abgeschoben. Oft werden durch die Abschiebung ganze Familien auseinander gerissen.“



Eine schreckliche und skandalöse Bilanz für Rot/Rot in Berlin! Der flüchtlingspolitische Sprecher der Linken, Giyasettin Sayan, hatte von der Bundespolizei die sofortige Aussetzung der Aktion und die individuelle Behandlung jedes einzelnen Flüchtlings unter humanitären Gesichtspunkten gefordert.

Rund 200 Menschen protestieren am Flughafen Schönefeld gegen die Massenabschiebung nach Vietnam, konnten den Abflug aber nicht verhindern, sondern nur verzögern.

**Arslan Yilmaz, DIE LINKE. im Wedding**